

Aus Bund und Ländern

Broschüre zur Eigenblutspende

BONN. Die Möglichkeiten der Eigenblutspende beschreibt eine unentgeltlich zu beziehende Broschüre, die im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung herausgegeben wird. Sie wurde in Zusammenarbeit mit Blutspendediensten und Krankenhäusern erstellt.

Auf 16 Seiten informiert die Broschüre über die Bestandteile des Blutes und seine Funktionen im Körper, über Risiken und Risikovermeidung bei Transfusionen sowie über Einsatzmöglichkeiten, Vorbereitung und Durchführung der Eigenblutspende. Darüber hinaus werden Ansprechpartner genannt.

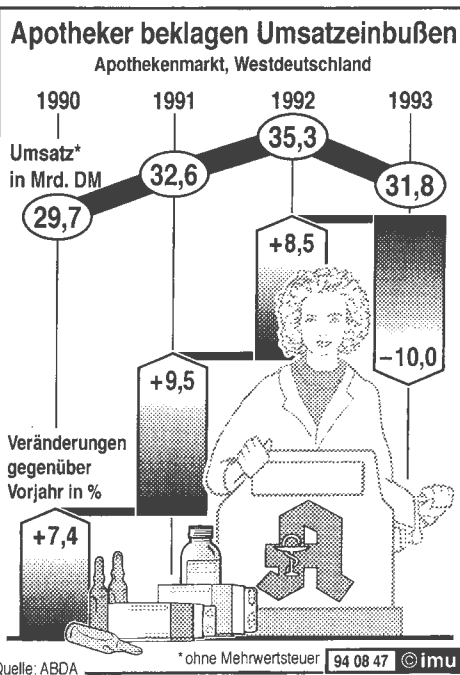
Bezugsadresse: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), 51101 Köln (Bestellnummer 60100000). EB

Schering sieht nach wie vor kein Krebsrisiko durch das Hormon CPA

BERLIN. In der vergangenen Woche hat die Schering AG fristgerecht eine Stellungnahme zum Leberkrebsrisiko unter der Substanz Cyproteronacetat (CPA) beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) abgegeben. Das Schreiben enthält weiterhin Expertengutachten. CPA ist in den Produkten Diane® und Androcur® enthalten. Das Institut hatte den 19. September als Frist im Stufenplanverfahren zur Abwehr von Arzneimittelrisiken gesetzt (vgl. auch Heft 36, Berichte).

Schering steht nach wie vor zu CPA. „Auch nach erneuter Bewertung geben sowohl die Daten aus der vorklinischen Forschung im Labor und in Tierversuchen als auch die Beobachtung aus mehr als 20 Jahren klinischer

Die öffentlichen Apotheken in Westdeutschland mußten im vergangenen Jahr 1993 einen drastischen Umsatzeinbruch hinnehmen. Mit 31,8 Milliarden DM lag der Gesamtumsatz (ohne Mehrwertsteuer) unter dem Niveau von 1991. Gegenüber 1992 ging der Umsatz um 10 Prozent zurück. Vor allem das Arzneimittelbudget, das den Ärzten eine Obergrenze für Verschreibungen in Höhe von 23,9 Milliarden DM verordnete, führte zu den beträchtlichen Umsatzverlusten.



Erfahrung beim Menschen keinen Hinweis darauf, daß CPA das Risiko für Leberzellkrebs erhöht“, heißt es in einer Pressemitteilung des Unternehmens. Auch eine Sichtung von Krebsregistern in europäischen Ländern anläßlich des Stufenplans habe gezeigt, daß nach der Einführung von CPA Leberzellkrebs nicht häufiger auftrat als vorher. EB

Verbot des kommerziellen Organhandels

BONN. Der kommerzielle Handel mit Organen soll strafbar werden. Das hat das Bundeskabinett jetzt beschlossen. Dabei soll es sich nicht nur um regenerierungsfähige Organe, Organteile oder Gewebe handeln, sondern auch um Haut, Knochenmark und Lebersegmente.

Die Strafbarkeit erstreckt sich auch auf Transplanteure, die – ohne selbst Handel zu treiben – in Kenntnis der kommerziellen Interessen gehandelte Organe entnehmen oder übertragen. Dagegen sollen Empfänger von

gehandelten Transplantaten nur in Ausnahmefällen strafbar sein, teilte das Bundesjustizministerium mit. Damit werde einer notstandsähnlichen Situation Rechnung getragen.

In Deutschland hätten sich alle Transplantationszentren an ihre freiwillige Verpflichtung gehalten, keine gehandelten Organe zu entnehmen oder einzupflanzen. „Die zahlreichen internationalen Möglichkeiten, insbesondere Vermittlungsgeschäfte über Organverpfändungen zu tätigen, machen aber – zusammen mit generalpräventiven Erwägungen – die neue Strafvorschrift dringend erforderlich“, so das Ministerium. Kli

Studentenkonferenz an der Charité

BERLIN. Vom 20. bis 22. Oktober 1994 organisieren Medizinstudenten und junge Ärzte in Berlin die 5. Europäische Studentenkonferenz der Charité. Die erwarteten 200 Teilnehmer kommen aus 36 Ländern und werden mit Hilfe von Po-

stern und Kurzvorträgen Ergebnisse ihrer Arbeit vorstellen. Auf der Tagesordnung stehen Beiträge aus 10 Bereichen, zum Beispiel der Kardiologie, Neurologie, Immunologie oder über Computer in der Medizin.

Die Studentenkonzferenz beginnt mit einem Festvortrag des Nobelpreisträgers Prof. Dr. med. Julius Axelrod, Bethesda, USA, über neue Erkenntnisse der Neurotransmitterforschung. Vorgesehen ist auch eine Podiumsdiskussion über „Die Zukunft der jungen Mediziner- generation“.

Weitere Informationen: Volker von Baehr, Tel und Fax 0 30/2 41 07 67. anker

Unterschriftenaktion der Augenärzte

BERLIN. Vertreter des Berufsverbandes der Augenärzte haben Mitte September in Berlin eine Resolution mit 250 000 Unterschriften von Patienten an die Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Sabine Bergmann-Pohl übergeben. Darin sprechen sich die Unterzeichner für eine weitere Erstattung von Sehhilfen in der gesetzlichen Krankenversicherung aus (GKV). Die Unterschriften wurden seit dem Frühsommer in den Praxen gesammelt.

Der Berufsverband der Augenärzte befürchtet, daß Versicherte für Brillen und Kontaktlinsen demnächst keinen Zuschuß mehr erhalten. Zur Zeit werden für Sehhilfen von der Gesetzlichen Krankenversicherung rund 1,3 Milliarden DM ausgegeben. Anlaß zu den Befürchtungen gaben Äußerungen von Politikern und ein Bericht des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen. Das Bundesministerium für Gesundheit erklärte jedoch in einer Pressemitteilung umgehend: „Es gibt keine Pläne, Sehhilfen aus dem Leistungskatalog der GKV herauszunehmen.“ th